

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

253 (5.11.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70. In der Geschäftsstelle oder den Abolagen abgeholt, monatlich 80 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3,25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3,67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restamen 60 Pfg., Kolonialanzeigen billiger. Bei steter Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittlungsgesellschaften an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Erscheinungsstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>	
<p>Druck- und Verlagsanstalt der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>		<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Korrespondent: J. E. Heider Meyer; für Ausland, Rechtsdienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiäre in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich für Anzeigen und Restamen: Hermann Waffler in Karlsruhe.</p>	

K. „Russische Zustände“ in der kaiserlichen Verwaltungsverwaltung.

Als im letzten Winter die ungeheuren Unterschlagungen auf der Kieler Werft bekannt wurden — inzwischen sind auch solche in Wilhelmshaven und Danzig festgestellt worden — sprach der Abg. Erzberger von wahrhaft „russischen Zuständen“ in der Verwaltungsverwaltung. Staatssekretär Tirpitz wollte diese Bezeichnung nicht gelten lassen und fand sie zu hart; heute wird er allerdings anderer Ansicht sein und sich sagen müssen, daß er damals nicht genügend informiert gewesen ist; denn schon der jetzige Gang der Verhandlungen des großen Unterschlagungsprozesses hat Dinge an das Tageslicht gebracht, die man bisher im Reich nicht für möglich gehalten hätte und nach anderen Informationen soll es noch viel schlimmer kommen.

Zunächst sei anerkannt, daß das Gericht in voller Öffentlichkeit verhandelt; aber die Verwaltungsverwaltung ist nicht für die Öffentlichkeit zugänglich, denn sie schlägt ein mehr als sonderbares Verfahren ein. Man erschwert nämlich dem Gerichte die Feststellung der Wahrheit durch alle möglichen Mittel, wie man aus folgender Stelle des Prozessverlaufs ersehen kann.

Verteidiger Rechtsanwält Schüren beantragt, einen Beamten von der Oberrechnungskammer in Berlin als Sachverständigen zu laden, um diese außerordentlich komplizierten Kontrollvorschriften dem Gericht und den Geschworenen auseinandersetzen zu lassen. — Staatsanwaltschaftsrat Meiß: Wir ist jedoch von der Oberrechnungskammer mitgeteilt worden, daß sie auch die Genehmigung zur Ausfertigung der Bescheinigung als Sachverständigen geladenen Geheimrat Schwarz und Oberbauamt Schürmer nicht erteilt. Der Oberwerksdirektor sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Oberbauamt Meiß der geeignete Sachverständige ist. — Verteidiger Schwarz: Wallach-Göten: Nachdem uns auch beide Sachverständigen genommen worden sind, beantrage ich, die beiden Herren als Zeugen zu hören. Ich gebe davon aus, daß die vorgelegte Bescheinigung die Genehmigung schon aus dem Grunde nicht verweigern kann, weil andererseits das Verbot nicht aufzuklären, welche Praxis auf der kaiserlichen Werft gelte. — Das Gericht beschloß, die beiden Beamten als Zeugen zu vernehmen. In diesem Augenblicke meldete sich ein Gelehrter von der Verteidigung, beantragter Sachverständiger, ein Obermeister der kaiserlichen Werft, daß ihm die Genehmigung zur Aussage verweigert worden sei. — Verteidiger Justizrat Schüren-Meiß: Nachdem eine ganze Reihe unparteiischer Herren, die von der Verteidigung als Sachverständigen geladen waren, lediglich aus dem Grunde nicht genommen worden sind, weil sie etwas von der Sache verstehen. ... Vorigender Landgerichtspräsident Meiß (unterbrechend): Sie dürfen der Behörde nicht Motive unterlegen, die uns nicht bekannt sind. — Verteidiger Justizrat Schüren (fortfahrend): Nachdem eine Reihe Herren, die von der Sache etwas verstehen, nach unserer Meinung, uns genommen worden sind, sehe ich mich nicht in der Lage, den Sachverständigen zu akzeptieren, den die kaiserliche Werft vorschlägt. Es handelt sich nicht darum, Herren hier zu haben, die auszusagen sollen, wie die Dinge sein sollen, sondern wie die Dinge

gewesen sind. Und das können nur die Herren bescheiden, die wir genannt haben.

Es muß in den weitesten Kreisen des Reiches unangenehmes Aufsehen erregen, daß der Kieler Oberwerksdirektor sich verhalten verhält; es mag ja sein, daß der von ihm bezichnete Sachverständige alles darstellt, wie es war und nicht nur die Dienstvorschriften bekannt gibt; aber warum verbindet man den anderen den Mund? Das muß Widerstand hervorrufen und erweckt den Eindruck, daß man verstanden will. Wenn das Gericht nicht volles Licht in die Sache bringt, dann muß der Reichstag eine Kommission fordern, welche alle eingehend untersucht und rücksichtslos alles aufdeckt; denn das Volk, das jährlich 400 Mill. M. für seine Flotte ausgibt, das hat einen Anspruch auf die ganze Wahrheit.

Während also die Behörde schweigt, reden die Angeklagten um so lauter und man erhält durch ihre Mitteilungen einen Einblick in den ungeheuren Schandtrieb, der in Kiel eckert hat. Besonders klar geht hervor, daß eine große Verschwendung an Material betrieben wurde; der Angestellte Kaufmann Frankenthal hat die Veranlassung vor Gericht förmlich verhöhnt, indem er ausführte: Es ist ja richtig, daß Käufer von Altmaterialien auf der Kieler Werft Vorteile haben, wie sie sonst im ordnungsmäßigen Geschäft nicht vorkommen würden. Diese Vorteile sind hervorgerufen durch den sofortigen Schandtrieb und durch Handhabung der Gesetze, wie man sie kaum für möglich halten sollte, und durch verständnislose Anordnungen. Es ist verständlich, daß auf der Kieler Werft andere Interessen in erster Linie in Betracht kommen, wie die Neubauten und Ausbesserungen der Schiffe. Um das Altmaterial aber kümmert sich überhaupt niemand. Die Käufer hatten alle große Vorteile. Es ist aber nicht richtig, daß wir mehr Material bekommen haben, als wir gekauft hatten. Die Vorteile liegen auf anderem Gebiet und sind mannigfacher Art. Es ist ferner richtig, daß jeder Käufer von Altmaterial ein gutes Gewicht haben will. Bei der Firma Krupp & B. wird sehr reichlich gewogen und außer ein gibt es noch ein besonderes Gutgewicht. Der Angestellte gibt dann weiter an: Das Zusammenwerfen der Materialien auf der Kieler Werft ist außerordentlich, wie man es sonst wohl nirgends in einem Kulturstaate finden kann. Die Verkaufsbedingungen der Werft sind geradezu wahr. Es ist häufig vorgekommen, daß einzelne Posten doppelt verkauft worden sind, so daß die Werft gar nicht mehr in der Lage war, das zu liefern, was sie ursprünglich verkauft hatte. Es wurden auf die verkauften Posten immer wieder andere Materialien hinzugegeben. Jeder Käufer suchte sich denn das Beste aus. Und dann teilte er einige Posten mit, die geradezu haarsträubend sind. Alle diese Posten wurden zu 50 Pfg. verkauft; die Käufer ließen sie reinigen und die Werft kaufte sie dann wieder zu 2,85 M. als Aufschlag. Das wurde zu 76 M. verkauft und dann vom Käufer zu 1000 M. weitergegeben. Dabei fehlte es nicht an Beamten, sondern im Gegenteil: in Kiel sind viel zu viel Beamte, weit mehr als auf den fremden Werften. Jetzt wird man verstehen, warum die Oberrechnungskammer in der Zulassung der Sachverständigen so zurückhaltend ist.

Sind nun das nicht „russische Zustände“? Muß man nicht erst recht von solchen reden, wenn dem Gericht die Aufklärung erschwert wird? Die nächste Aufgabe des Reichstages ist, daß er nun seinerseits für rücksichtslose Untersuchung sorgt und daß man nicht nur einige untergeordnete Beamte nach, sondern daß ohne Ansehen des Standes und der Person gestraft wird, bis zu den höchsten Spitzen hinauf, soweit man Schuldige findet. Denn aber tritt hinzu die Sorge um die Zukunft. Der Reichstag muß ganz genaltige Absichten an den Werftausgaben machen, damit der Verschwendung der Materialien vorgebeugt wird; das ist der wichtigste Schritt zur Gesundung. Dann müssen andere Beamte in die Verwaltung hinein; es geht nicht mehr weiter, daß man Offiziere auf einige Jahre dorthin kommandiert, sondern es müssen kaufmännisch geschulte Beamte dort angestellt werden, welche in der Lage sind, solchen Dingen vorzubeugen. Die Kritik der Marineverwaltung, die von allen Seiten jetzt einsetzt, muß diese Wirkung erzeugen. Der Marineamt darf nicht mehr im Hurra-tempo, wie im letzten Winter, erledigt werden, sondern ist in allen Teilen eingehend zu prüfen; da kommt man nicht mehr mit „nationalen“ Schlagern weg. Es ist ein bestimmendes Bild; so etwas darf sich unter keinen Umständen wiederholen.

Die liberale Presse im Kampfe für Ferrer und gegen den Großherzog.

Es wäre außerordentlich lehrreich, wenn man die badischen liberalen Zeitungen der letzten 14 Tage einmal durchgesehen, um festzustellen, was sie in der Hauptfrage geschrieben haben. Ich will, um ein Beispiel zu geben, hier summarisch berichten, was der „Oberbadische Grenzboten“ in Meßkirch sich geleistet hat.

Der Hauptinhalt seiner Wahlartikel läßt sich im Großen und Ganzen unter folgende drei Punkte unterordnen:

1. Eine ganz verlorene Hege gegen das Zentrum wegen der Finanzreform; seine Artikel über diesen Punkt kann man in folgende, oft wiederholte Sätze des „Grenzboten“ zusammenfassen:
„Der Zentrumsverrat laßt schwer auf den Schultern des Mittelstandes und der Arbeiter! Die reichen Zentrumsmitglieder und Barone aber lagern sich ins Häußchen; den sie brauchen nichts zu bezahlen. Deutscher Michel wach auf!“
Das letztere ist, wie man sieht, dem „Volksfreund“ entnommen, wie denn überhaupt das Meßkircher liberale Blatt die sozialdemokratischen Zeitungen und Flugblätter mit großem Eifer geplündert hat. Man kann ruhig sagen, daß unter den sämtlichen, zahllosen Artikeln, welche der „Grenzboten“ über die Finanzreform brachte, auch nicht ein einziger objektiv ist. Ueberhaupt hat der neue Abgeordnete von Meßkirch wahrheitsgemäß von sich gesagt, daß er wie kein zweiter unter den 73 Abgeordneten sein Mandat der namentlichsten, unabherrschten Hege verdankt, die von den verschiedensten Seiten zu seinen Gunsten ins Werk gesetzt wurde.
2. Eine zweite Serie der Artikel des „Grenzboten“ enthielt eine Verteidigung des Anarchisten

Liquidationskommission des Deutschen Nationalvereins die von diesem zusammengebrachten deutschen Flostengelber im Betrage von 67 000 Talern. Und als dann das neue Deutsche Reich entstanden war, überwies der Kaiser selbst der Stiftung im Jahre 1879 die Summe von 50 000 Mark. Auch der jetzige Kaiser, der der Stiftung lebhaftes Interesse entgegenbringt, hat ihr wiederholt namhafte Beträge gegeben lassen.

So ist die „Marine-Stiftung Frauenlage Berlin-Elberfeld“, wie ihr Name seit dem Jahre 1868 lautet, von vielen Seiten in den Stand gesetzt worden, für die Angehörigen der Marine, für die Invaliden und für deren Hinterbliebene eintreten zu können. Sie hat namentlich für die Unteroffiziere und Mannschaften, für die gering bezahlten Beamten und für die Witwen und Waisen gesorgt. Aber wenn im Jahre 1860 ganze 424 Taler an Unterhaltungen gezahlt wurden — was ist heute zu leisten? Als die Stiftung 1868 ihren neuen Namen erhielt, hatten alle Schiffe des norddeutschen Bundes zusammen 35 000 Tonnen; das ist eine Zahl, die heute etwa der von zwei Linien Schiffen gleichkommt. Dementsprechend ist auch die Zahl der Unterhaltungsbedürftigen gestiegen. Längst schon reichen die Zinsen des Vermögens der Stiftung nicht aus, um ihre großen Aufgaben zu erfüllen.

Wie wir hören, ist aus Anlaß des Jubiläums der Stiftung ein Komitee in der Bildung begriffen, das ihr neue Mittel zuführen will. Die Kronprinzessin des Deutschen Reiches hat das Protektorat und Prinz Heinrich von Preußen das Ehrenpräsidium dieser Sammlung übernommen. Hoffentlich fließen im geeinten Deutschen Reich die Beiträge nicht geringer, als sie das nach Einigung ringende beisteuerte. Denn die Marine-Stiftung hat nach ihrer Geschichte und nach ihrem Wirken die Anerkennung aller Parteien und aller Glaubensge-

Ferrer und der Sozialdemokratie. Bis heute hat der Meßkircher Verleger des dortigen Amtsverfündigers den spanischen anarchischen Nordbrenner in den höchsten Tönen gefeiert. Der wilde Tanz setzte ein in Nr. 156 vom 18. Oktober in einem großen Reiterartikel, der die Überschrift hat: „Der spanische Anarchismus“.

Der spanische Anarchismus, der die Verbrechen des Geistes, der auch hinter dem deutschen Zentrum steht.“

Damit ist auch der Inhalt des Artikels kurz angegeben. Der Ferrer-Prozess wird in denkbar verlogenster Weise als „ein Zankapfel ins Gesicht des ganzen getöteten Europas“ geschildert; „der spanische Anarchismus habe durch die infamsten Mittel einer bankrotteten Regierung das Urteil gegen Ferrer erzwungen“, und „der „allerschuldigste“ König habe den schmachvollen Mord an Ferrer sanktioniert.“

Es ist in der Tat nicht einzusehen, was ein überzeugter Anarchist an diesen Ausführungen des „Grenzboten“ in seinem Sinne zu „verbessern“ bräuhete. Das Stärkste aber an Verlogenheit leistet sich der „Grenzboten“ dort, wo er den Ferrer-Prozess gegen das Zentrum ausbeutet; er schreibt z. B. in Nr. 156, nachdem er die Vigenmür, der Papst habe für Ferrer interveniert, ausführlich behandelt hat:

„Also der Papst, die Stadt Rom, sie protestieren wie wir gegen den gemeinen Mord. Und die Zentrumspresse, Sie und ihre Berater, die geistlichen Agitatoren des Zentrums stellen sich im Gegenzug zum Oberhaupt der Kirche. Warum? Weil sie nur äußerlich dieser angehören, die Nachbarn derselben, die guten Zwecken dienen soll, mißbrauchen, um böses zu tun, wie in Spanien blutige Verbrechen zu begehen.“

Denn der Jubel der Zentrumspresse über den Mord beweist es.

Uns und aller liberalen Männern würde man es auch so machen, wenn wir im Deutschen Reich nicht sittlichere und modernere Einrichtungen hätten, die bis jetzt noch den deutschen Bürger schämen können. ...

Franzisco Ferrer ist gestorben mit einem Säbeln auf den Lippen. Er ist den Weg gegangen, den so viele vor ihm gegangen alle die Jahrhunderte, wie Savonarola, Dant, Galilei, und wie sie alle heißen.

Im modernen Staat ist heute so etwas unmöglich. Darum die Hege gegen den Staat. Immer mehr kommt diese Erkenntnis zum Bewußtsein der Massen. Der Geist des Mittelalters weicht zurück, trotzdem er in ungeheurer letzter Kraftanstrengung sich aufzuhalten da und dort noch einmal anzukraften hehnt.

Das war der Lebenszweck Ferrers, freie Geistesbildung, und als er lächelnd die tödlichen Augen emping, da ahnte er vielleicht, daß er ein gut Stück Fortentwicklung des Menschengeschlechtes mit seinem Leben erkaufte.“

So verherrlicht der Meßkircher Verleger eines Großherzoglichen badischen Amtsverfündigers einen sittlich verkommenen anarchischen Nordbuben, nur um ohne die leiseste Spur einer Begründung die katholischen Geistlichen und das Zentrum herunterzuziehen zu können. So etwas an Frechheit ist einfach nicht mehr zu überbieten! In einem anderen Artikel derselben Nummer weist dann derselbe

Ein nationaler Gedenktag.

Am 1. November 1909 sind fünfzig Jahre seit dem Erlasse einer Kabinettsordre des damaligen Königsregenten von Preußen verlossen, die ihren Ursprung in einer hochbedeutenden deutschnationalen Volksbewegung hatte. Unverkennbar ist in allen Schichten unserer Bevölkerung, mit welcher opferwilligen Hingabe und mit welchem weitaussehenden Verständnis Männer wie Frauen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts dafür wirkten, daß Deutschland zur See wehrhaft werde. Schon am 19. Juli 1848 erschien im Potsdamer Wochenblatt und bald darauf in der Kössischen Zeitung ein Aufruf „an Preußens Frauen und Jungfrauen“, der zum Spenden von Gaben für die Erbauung eines Kriegsjahrganges aufforderte. „Es ist der Frauen schönster Beruf“, heißt es darin, „die Leiden der Mitmenschen zu lindern durch stille Hilfe und freundlichen Zuspruch; doch soll darum das Herz derselben nicht verlocken bleiben für die Teilnahme an den sich drängenden Begehren des Vaterlandes. Das Streben und Wirken der Männer hat sich mit tatkräftigem Eifer jetzt auch auf die Gründung einer Seemacht gerichtet. Wir wollen uns hierin ihnen anschließen und nach Kräften an der großen Arbeit Aller mitwirken. ... Nächste Erhöhung der Kraft und Würde unseres Vaterlandes hoffen wir von dem Weibe einer Seemacht belebung unserer Handels- und Schiffahrt vieler Gewerbe, wodurch fleißigen und rüstigen Händen Gelegenheit werden muß, das tägliche Brot selbständig zu erwerben. Und indem wir dazu helfen, wird unser Werk den Armen und jetzt Arbeitslosen zu gute kommen.“ Geld, Silbergeschmuck und Schmuck gingen reichlich auf diesen Aufruf bei dem „Frauenverein zur Erwerbung eines vaterländischen Kriegsjahrganges“ ein, und bald folgten Delbilder und Kupferstiche, Porzellan und Sonderbeuten, diese auch aus unmittelbaren Kreisen,

als Gewinne für eine Landeslotterie zu gleichen Zwecken. Das Fahrzeug, ein Schooner, wurde erbaut und lief zu Wolgast am 25. August 1855 vom Stapel. Prinz Adalbert taufte es aber nicht auf den erbetenen Namen „Frauengabe“, sondern nach der ehrenden Meinung des Königs auf den Namen „Frauenlob“. Nach Vollenbung des Schiffes verließ noch ein Kapital von 25 000 Talern. Seine Verwaltung wurde einem besonderen Komitee unter dem Vorstehe des Oberbürgermeisters von Berlin, Krausnick, übertragen, das Statuten für eine damit zu begründende Stiftung zur Unterstützung hilfsbedürftiger Personen der Marine und ihrer Angehörigen ausarbeitete. Elfriede v. Muehlenfels, Louise Plaire, geb. Martins, Henriette Vuerde, geb. Desparis, und Betty Vordard, geb. Salina, überreichten die Summen darauf zur Bestätigung. Und am 1. November 1859 verlieh der Prinzregent der Stiftung die Rechte einer juristischen Person.

Seit diesem Tage sind fünfzig Jahre verlossen. Reid und Freud sind seitdem über alle Gane unseres Vaterlandes gezogen, und das damals ringend und abend Erstrebte erscheint uns heute als ein fast selbstverständlicher reicher Besitz. Und doch bilden wir auf das Schaffen bereit, die das Werk begannen, mit Hochachtung und mit Stolz zurück und freuen uns der vaterländischen Stiftung, mit der auf diese Weise der Einigung Deutschlands vorgearbeitet wurde.

Die wechselnden Geschicke des Vaterlandes blieben nicht ohne Rückwirkung auf die neubegründete Stiftung. Am 5. August 1861 traten Bürger Elberfelds zu einer Tätigkeit für eine deutsche Flotte der Stiftung rund 8000 Taler zu; ebenso Bürger Dresdens, die 1861 für deutsche Kanonenboote gesammelt hatten, 1000 Taler, Rudolph von Bennigsen übergab ihr als Vorsitzender der

Theater und Kunst.

Karlsruhe, 5. November 1909.

Groß-Hoftheater. Gestern hatten wir die erstmalige Wiederholung von Dörings überlegtem Schauspiel „Hohes Spiel“. Unter Stellvertreter hatte nennlich mit seiner Kritik über den Wert und die Tendenz des Stückes den Nagel auf den Kopf getroffen. Es ist nicht nur ein „Hohes Spiel“, das „Boar“ in der Handlung mit den Familienangehörigen des alten Richters magt, um die Luft von den bösen Leidenschaften, die wie ein trüber Dunst über ihnen lagern, zu säubern, es ist auch ein gewagtes Hohes Spiel, das mit der Geduld der Zuschauer getrieben wird. Es lohnt sich nicht in der Tat, den Vorzug auf der Bühne zu schänden. Die Handlung bewegt sich im „Schandensitz“, wie ein Schriftsteller ebenso satyrisch als trefflich diese Art von Fichtung nennt, weil von Sekunde zu Sekunde die Empfindungen und Geschnisse geschildert werden, ohne daß es erlaubt wäre, überflüssiges Reden, stimmungsführende oder geradezu langweilige Einzelheiten wegzulassen. Das nimmt; das breite Auseinanderzerren der Vorgänge, das übermäßige Festhalten an den Wirklichkeitszüge, der unanhörliche Stimmungswandel wirken undramatisch. Es ist stimmungsmäßige Tendenz mache, die zwar geschickt aufgebaut, niemals durch Plattheit abfällt, aber sich auch niemals in höhere Sphären hebt.

Gespielt wurde vortrefflich, der szenische Aufbau war musterhaft. Den Mitwirkenden: Feinlein Noormann, den Herren Wassermann, Höcker, Baumbach, Mewes und Dapper stellen wir gerne insgesamt das Zeugnis aus, daß sie ihre Rolle mit klugem Geiste erfaßt und sie vortrefflich durchgearbeitet haben. Das verdient von der Aufführung ganz besonders hervorgehoben zu werden.

von Steden.

„Grenzboten“ haarscharf nach, daß die Liberalen die Kirche und Religion nicht gefährden, sondern daß sie „treue Förderer wahrer Religiosität“ sind, während das Zentrum „die Religion mit politischem Fanatismus vergiftet“!

Im Ferrer-Rummel hat der „Grenzboten“ die Sozialdemokratie zweifellos weit überboten. Was Wunder, daß er mit aller Kraft suchte, den Leuten die Sägen vor der Sozialdemokratie möglichst gründlich auszutreiben? In dem Bericht über die Hauptwahl zählte er „die zwei anderen freirechtlichen Parteien“ — er meinte damit die Demokraten und Sozialdemokraten — sofort und ohne weiteres zu den nationalliberalen Stimmen.

Freilich druckte er danach auch alle Artikel der „Bad. Landeszeitung“ ab, welche den Großblock vorbereiteten und verteidigten, so den berühmten gewordenen über „das neue Baden“. Von der Zurechtweisung, welche nachher in der „Karlsruh. Zeitung“ erfolgte, hat er natürlich keine Silbe gebracht.

Umso energischer nahm er die Sozialdemokratie in Schutz! So schrieb er z. B. noch am Stichtagsabend in einem Wahlaufzuge (in Nr. 163):

„Ihr habt doch alle erkannt, daß es mit der Sozialdemokratie dahin geht, wohin der freie Bürger, die Arbeiterklasse haben will. Die badischen Revisionen haben ja auf den sozialdemokratischen Parteien jede scharfe Vorwürfe zu hören bekommen, weil sie so vernünftig geworden seien, mitzuarbeiten am Wohle des Landes. Also mit dem roten Welpen ist es nicht, und wie 1905 läßt sich ein politisch gereifter Kopf nicht damit schrecken.“

Ihr habt aber auch erkannt, wie schmächtig die Haltung des Zentrums ist. Zuerst schimpfte es gegen die Regierung, und jetzt winkelt es dieselbe um Hilfe an.

Und das traurigste ist, diese Regierung ist schwach und glaubt es wegen zu dürfen, den Wählern ein Zusammengehen mit dem Zentrum anzuraten, den Wählern, die am 21. Oktober ihren Willen dahin kundgegeben haben, daß sie einmütig durch den Stimmzettel bekannt gaben: „Wir wollen ein freirechtlich Volk sein!“

Wir wollen kein vom Zentrum unterstütztes Zentrum, wie es in Preußen besteht. Wir wollen in dem freien, echt vollstimmigen Sinne regiert werden, wie unter unserem unvergesslichen Großherzog Friedrich I.

Wir wollen nicht das Erbe der Väter, Gebantenfreiheit und fortschrittliche Gesinnung uns rauben lassen.“

3. Schon in diesen Sägen klingt ein drittes Moment durch, dem mancher Artikel des „Grenzboten“ gewidmet ist; ich meine die Hete gegen den jetzigen Großherzog, der in Gegensatz zu seinem Vater gestellt wird; der „Grenzboten“ schimpft gegen die Regierung, meint aber den Großherzog.

In derselben Nummer des „Grenzboten“ liest man noch folgende Sätze:

„Daß die liberale Partei frei ist und frei sein will, hat sich bewiesen durch das Blockabkommen mit den linksstehenden Parteien. Sie hat gezeigt, daß sie nicht schweibeln gebrochen, wenn die Regierung mit Wänken heranzieht, die mehr wie ungerechtfertigt sind. Die liberale Partei hat bewiesen, daß sie eine Volkspartei ist und sein will. Wie hat Herr Wader gleichsam als wünschender Löwe (1) die Regierung um Hilfe angefleht und diese Hilfe ist ihm geworden durch zwei Artikel in der „Karlsruh. Zig.“. Selbst unter allerhöchster verstorbenen Großherzog Friedrich wurde zitiert (11). Er, der freie, unentwegte Mann, der von ultramontaner Herrschaft nie etwas wissen wollte.“

Man beachte, wie hier der „Grenzboten“ den zweiten Artikel in der „Karlsruh. Zeitung“ genau umkehrt; beifolgend hat letztere sich gerade dagegen gewehrt, daß man liberalerlei von Großherzog Friedrich I. Worte anführen des Großherzogs zitierte; der „Grenzboten“ zieht aber gegen die „Karlsruh. Zeitung“ zu Felde, angeblich weil sie „den verstorbenen Großherzog zitiert“. Der „Grenzboten“ ist dabei genau so wahrhaftig, wie mit seiner Bemerkung über den „infiniden Löwen“ Wader!

Um den „Grenzboten“ voll zu verstehen, muß insbesondere zu sehen, wie sehr er seine Feile direkt gegen den jetzigen Großherzog richtet, muß man lesen, was er schon vorher geschrieben hat.

Wir wollen bloß folgende Sätze aus Nr. 161 des „Grenzboten“ zitieren; da heißt es:

„Das Zentrum ruft um Hilfe bei der Regierung, weil es erkennt, daß seit dem Regierungswechsel die Politik des Zentrums gänzlich günstiger geworden ist. Nicht über den Parteien soll die Regierung mehr stehen, sondern an der Seite des Zentrums. Und das Volk hat die Gefahr erkannt. Das Volk merkte die Schwäche der Regierung. Das Volk erinnernd sich, wie es unter der gegenwärtigen Regierung eines liberalen Parteien, unserer ungeschicklichen Großherzogs Friedrich I. als freies, als freies Volk in freirechtlichem Sinne regiert wurde.“

Die freien Bürger haben zu ihrem Ernteaum, daß man (1) ziemlich neben die Fußstapfen trat, die der greise, in einem langen, arbeitsamen, an Schicksalschlägen reichen Leben, erfahrenen Herrscher (1) gegangen war, den das Volk liebte, weil er seine Rechte achtete und seinen Willen erkannte. Und weil es die Gefahr erkannte, weil es sah, daß lächerliche Furcht vor einigen Sozialdemokraten, das Erbe der Väter, die freirechtlichen Erbschaften bedrohte, deshalb gab das Volk am 21. Oktober seinen Willen kund. Und daran läßt sich nicht rütteln.“

So also verächtlich man den jetzigen Großherzog, daß er „auslächerlicher Furcht vor einigen Sozialdemokraten“, und weil jetzt „die Hofluft den Zentrumsbasillen günstiger“ sei, zum Ernteaum der freien Bürger, „ziemlich neben die Fußstapfen seines Vaters trat“, den das Volk liebte, weil er die Rechte des Volkes achtete und seinen Willen erkannte. Letzteres soll natürlich Friedrich II. abgeprochen werden; er dürfte demnach auch keinen Anspruch mehr haben auf die „Liebe“, „der freien Bürger“!

Anstelle des Großherzogs lieben und feiern die „freien Bürger“ Messersch den spanischen anarchoistischen Mordbrenner Ferrer, der zahllose Morde auf dem Gewissen hat!

So, es ist weit gekommen mit dem badischen Liberalismus! In Messersch erhebt er die Sozialdemokratie vollkommen.

Aber der Verlag, der in seinem Blatt solche Drogen feiern darf, genügt nach wie vor den Vorzug, daß er den Großh. badischen Amtsverkleidung verleiht, obgleich ein anderes Blatt in Messersch nahezu die doppelte Auflage des „Grenzboten“ hat!

Deutschland.

Berlin, 5. November 1909.

Mannschaftslösung und Reichsfinanzreform.

Wo augenblicklich das Zentrum wegen seiner „Steuerjüden“ von der sozialdemokratischen Presse nach jeder Richtung hin als Sünderband in die Wüste geschickt wird, nimmt es weiter kein Wunder, daß das Zentrum nun auch daran die Schuld tragen soll, daß die Soldaten nicht in den Genuss der in der Bedarfsrechnung für die Besoldungsordnung vorgesehenen erhöhten Mannschafsgelder gekommen sind. Die ganze Schuldfrage des Zentrums erledigt sich einfach durch die Tatsache, daß, nachdem die Beschlüsse des Reichstags zugunsten der Beamtenbesoldung eine Mehrausgabe von 16 bis 17 Millionen Mark nötig machten, im Rahmen der Finanzgesetze die Mittel nicht mehr vorhanden waren, um daneben noch eine Erhöhung der Mannschafslösung eintreten zu lassen. Das Zentrum gab zu verstehen, daß ihm dieser Gang der Dinge nicht befiel, und drückte die Erwartung aus, daß im nächsten Etat dem Reichstag eine Erhöhung der Mannschafslösung in dem Umfang unterbreitet werde, wie er im Regierungsvertrag vorgesehen war. In diesem Sinne erklärte sich das Zentrum auch für folgende, von den Mehrheitsparteien eingebrachte und angenommene Resolution: „Der Reichstag spricht bei Annahme des Besoldungsgesetzes die Erwartung aus, daß die in Aussicht genommene Erhöhung der Mannschafslösung im Etat 1910 erfolgen wird und erklärt sich bereit, die hierdurch entstehenden Mehrkosten zu gleichen zu bewilligen, sofern nicht durch Erparnisse der Bedarf aufgebracht werden kann.“ Die Nationalliberalen, Freirechtlichen und Sozialdemokraten stimmten gegen die Resolution. Der sozialdemokratischen Presse steht im übrigen die Parteilichkeit, die sie zur Schau trägt, gut an. Für die „Genossen“ im Reichstag ist es allerdings ungeheuer leicht, allerhand Anträge beim Heeresetat zu stellen und sich in der Höhe des Volksvertrages zu zeigen. Kommt es aber darauf an, für diese Forderungen durch Annahme des Heeresetats auch die notwendigen Mittel zu bewilligen, dann lehnen die Genossen den Etat schlanweg ab. Speziell auch im vorliegenden Falle haben die „Genossen“ nicht die geringste Veranlassung, gegenüber anderen Parteien den Richter zu spielen. Denn die Erhöhung der Mannschafslösung wie auch die Neuregelung der gesamten Beamtenbesoldung war ausschließlich abhängig von der Annahme der Reichsfinanzreform. An letzterer aber in positivistischem Sinne mitzuarbeiten, haben die „Genossen“ direkt abgelehnt. Zudem geht es nicht an, Beamtenbesoldung und Mannschafslösung auf die gleiche Stufe zu stellen. Einen Lohn bei der Beamten hat der Soldat einfach nicht zu beantragen. Der Militärdienst beruht auf einer gesetzlichen Pflicht, die irgendeine finanzielle Gegenpflicht des Staates in keiner Weise nach sich zieht. Der Mannschafslöhne ist ein freiwilliger Zuschuß für den Soldaten zu dem Ausbilden während seiner Militärdienstzeit. Und endlich ist die heutige Mannschafslösung mit 79 Mk. jährlich in Deutschland höher als in irgend einem anderen europäischen Staat. Frankreich zahlt nur 15 Mk., Oesterreich 37 Mk., Italien 29 Mk., England 13 Mk. jährlich. Doch was brauchen die „militärischen Sachverständigen“ der sozialdemokratischen Presse das alles zu wissen? Ist es doch eine ihrer Hauptaufgaben, dem Wolfe den Dienst fürs Vaterland zu „verfehlen“!

§§ Die Anwendung des Sprachenparagraphen wird immer schwieriger. Aus Eisen wird dem „Berl. Tagbl.“ berichtet: „Am vorigen Sonntag sollte hier eine Versammlung polnischer Jünglinge stattfinden, und insbesondere waren hierzu die jüngst entlassenen Reservisten eingeladen. Die Einladung ging aus von dem Orden der polnischen Vater Vertyn von der polnischen Kongressionierelassung. Er würde jedenfalls auch die Hauptansprache gehalten haben, die vermutlich einen rein religiös-ethischen Charakter gehabt hätte. Die Polizeiverwaltung hätte von der Versammlung durch eine Anzeige im „Wort“ Kenntnis bekommen und entsandte einen Beamten zur Überwachung. Dieser Beamte erklärte, daß nur deutsch gesprochen werden dürfe, weil die Versammlung als eine politische angesehen werde. Da man sich dieser Forderung nicht fügte, verbot der Beamte gemäß der ihm erteilten Instruktion die Abhaltung der Versammlung. Vater Vertyn ist Deutscher, er hat auf Wunsch der geistlichen Behörde polnisch gelernt, um die hiesigen Polen zu pastoralisieren und eine andere als selbstgerichtete Tätigkeit hat er an den Polen nie ausübt. Doch die geistliche Behörde für den polnischen Gottesdienst deutsche Priester verwendet, ist ein Entgegenkommen gegen die Regierung. In der möglichsten weiten Ausdehnung des Begriffs „politisch“ liegt anfechtend System. Das man den Spracherparagraphen sogar auf selbstgerichtete Berufsleistungen anwendet, ist doch neu. Diesen „Fortschritt“ verbannt man dem Blocktag.“

§§ Zum beginnenden Sagenjammer der badischen Liberalen bemerkt der „Vorwärts“ trocken: „Die Sozialdemokratie hat nichts dagegen, wenn die badischen Nationalliberalen den Mat ihrer offiziellen Berliner Parteiforensponenz und politischen Selbstworte begeben. Denn Selbstworte würde es sein, wenn sie künftig die „gewissen Häden“ zu den konterparat gerichteten Elementen wieder antupfen und einen „trautvollen Kampf“ gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen verühten. Die Wähler, die in der Hauptwahl noch nationalliberale Stimmzettel abgaben, würden sich dann größtenteils nach links wenden, und die einst so große mächtige nationalliberale Partei, die anfangs der 70er Jahre neun Zehntel aller Sitze im Landtage innehatte, hätte aufgebört zu existieren.“ Wenn aber die Liberalen nach links gehen, sind sie auch verloren. Heißt es hier nicht schon „zu spät“!

§§ Eine Ferrer-Stiftung in Deutschland? Wie Herr Prediger Tschirn in Breslau, der Präsident des Deutschen Freidenkertums, mittels, plant er die Begründung einer Ferrer-Stiftung zur Förderung der antiskleralen, rein menschlichen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit in Deutschland. Dieser Freidenker und Prediger scheint sich also die reine Menschlichkeit „mit Bomben garniert“ vorzustellen. Im übrigen ist es wohl typisch für ein gewisses Freidenkertum, daß es noch in einem Zeitpunkt den von Meißel wegen bingerichteten Anarchisten zu seinem Vorden macht, wo selbst Sozialdemokraten sich von dem Ferrer-Zaumel abwenden. Aber wenn diese Ferrer-Stiftung den Zweck verfolgt,

für die drei ehelichen und zahllosen unehelichen Kinder des Lumpen Ferrer zu sorgen, dann kann man ihr wenigstens einige freundliche Seiten abgewinnen. Die Namen der Spender werden hoffentlich überall mitgeteilt.

§§ Arbeiter in der Generalsynode. Auf eine Inmediatengabe an den Kaiser, in welcher um die Berufung von Arbeitern in die Generalsynode gebeten wurde, hat der Vorstand der „Kirchlich-sozialen Konferenz“ vom Evangelischen Oberkirchenrat folgenden Bescheid erhalten: „Mit dem Gehalt einer Vertretung des Arbeiterstandes in der Generalsynode durchaus einverstanden, halten wir es dem Sinn und Geist unserer Kirchenverwaltung entsprechend, wenn durch die vorangegangene Teilnahme an der kirchlichen Arbeit der Gemeinden sowie der Kreis- und Provinzialsynoden auch aus dem Arbeiterstand geeignete Kräfte für die Teilnahme an den Aufgaben der Generalsynode herangezogen werden dürfen. Es ist daher in Aussicht genommen, die Konfirmanden und Gemeindevorstände auf die Gewinnung geeigneter Persönlichkeiten aus dem Arbeiterstand für die kirchliche Vertretung in der Gemeinde, sowie in der Kreis- und Provinzialsynode hinzuwirken und dann die in solcher kirchlichen Arbeit etwa bewährten Männer eventuell zunächst für die Ernennung zu den Provinzialsynoden und demnach auch zu einer Generalsynode in Aussicht zu nehmen.“

§§ Die progressive Einkommensteuer in Bayern. Die bayerische Abgeordnetenkammer hat in ihrer gestrigen Nachmittags Sitzung das Gesetz über die allgemeine progressive Einkommensteuer, einem wesentlichen Bestandteil der bayerischen Steuerreform, mit 130 gegen 20 Stimmen angenommen. Dafür stimmte geschlossen das Zentrum, die freirechtlichen und die Liberalen mit Ausnahme der Abgeordneten Hübsch und Dr. Thoma. Das Gesetz stimmt geschloffen die Sozialdemokraten. Natürlicher Im Programm vertritt die Sozialdemokratie die direkte progressive Einkommensteuer. Wird damit erst gemacht, dann stimmt sie regelmäßig dagegen, angeblich weil sie ihr nicht weit genug geht, in Wirklichkeit aber, weil sie dem bestehenden System keine Mittel bewilligen will.

§§ Der Abg. Schatz hat sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niedergelegt. Die Meldungen, als ob er dies nicht getan hätte, waren dadurch verursacht, daß Schatz die Niederlegung nicht an den Reichstag nach Berlin meldete, sondern an seinen Parteivorstand, der die Willensäußerung noch zurückhielt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

— Wienerth und die Ostraktion. Die slowakische Union hat das Anerkennen des Ministerpräsidenten Wienerth, er wolle zurücktreten, falls diese sich verpflichten, unter dem nächsten Ministerpräsidenten die Ostraktion einzustellen und das Parlament arbeitsfähig zu machen, mit der Motivierung abgelehnt, sie sei mit der Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung nicht gewillt, zu verhandeln. Dagegen sei die slowakische Union bereit, die friedliche Entwirrung der Krise zu fördern und mit einer Regierung in Verhandlungen zu treten, welche Gewähr für ein System von Gerechtigkeit gegenüber allen Bürgern Oesterreichs bieten würde.

§§ Zur ungarischen Krise. Ministerpräsident Beteck begibt sich Ende der Woche nach Wien, um dem Kaiser über die Lage Bericht zu erstaten und ihn zu bitten, zu jenen Fragen, welche auch bisher den Gegenstand von Verhandlungen bildeten, insbesondere aber zu den militärischen Fragen endgültig Stellung zu nehmen. Im Stande der ungarischen Krise ist eine wesentliche Besserung eingetreten. Zwischen Kossuth und Justiz ist inbezug auf alle tatsächlichen Fragen eine vollständige Einigung zustande gekommen, jedoch eine Spaltung der Unabhängigkeitspartei für die nächste Zeit nicht mehr zu befürchten ist. Ob nun das für die Lösung der Krise und für Ungarn überhaupt ein Vorteil ist, möchten wir bezweifeln. Die beste Lösung dünkt uns die, bei welcher der famose Kossuth nichts zu sagen hat; denn die Willkürungen über die Konstitutionsale lassen wenig Hoffnung, daß ein Weiterwurzeln mit Kossuth und Kompagnie für das Land von Segen sein kann. Möglicherweise handelt es sich auch bei obiger Radrikrit nur um eine der oft wiederkehrenden Stimmungsmachen.

Griechenland.

§§ Zur Lage in Griechenland. Das „Giornale d'Italia“ veröffentlicht ein Interieur mit einer Persönlichkeit aus dem Gefolge des griechischen Kronprinzen. Es wurde erklärt, der Kronprinz werde demnach nach Griechenland zurückkehren, da sich dort die Lage erheblich gebessert habe. Die Offiziersliga sei entschlossen, gegen die Urheber des jüngsten Putsches unerbittlich vorzugehen. — Sofort nach Durchführung der Reformen wird sich die Militärliga auflösen. Im ganzen Lande herrscht Ruhe. Alle Sensationsmeldungen von angeblich neuerlichen Bewegungen in den Militärkreisen entsprechen nicht den Tatsachen. — Der Korrespondent der „Stampa“ in Athen meldet, daß in Griechenland eifrig die Kandidatur des Herzogs der Brunnzen für den griechischen Thron befürwortet werde. Die Offiziersliga hätte angeblich dem Herzog eine offizielle Einladung zugesandt. (Wir geben diese Nachricht mit allem Vorbehalt wieder.)

§§ Zur Marinerevolte wird aus Athen vom 4. d. gemeldet: In der Vorstadt Gudi wurde in der vergangenen Nacht Kapitän Tyvaldos, der Anführer des Marineputsches, verhaftet. Gleichseitig fiel auch sein Begleiter, der Marineleutnant Dmanus, den Gendarmen in die Hände. Die Verhaftung erfolgte auf offener Straße. Beide Offiziere trugen Arbeiterkleidung. Sie leisteten den Gendarmen keinen Widerstand. Jetzt befinden sich alle Offiziere, die an der Meuterei teilgenommen haben, bis auf 4, in den Händen der Polizei. Die Unteroffiziere und Mannschaften des Kriegsschiffes „Hydra“, auf dem vier an der Marinerevolte beteiligte Führer in Haft sind, verlangen die Entfernung der Meutereuten vom Schiff und verweigerten bis zur Erfüllung dieser Forderung den Dienst. Der Kommandant beruhigte die Leute durch eine Ansprache. Alle verhafteten Offiziere werden vorläufiger von dem Schiff entfernt werden. Wie mitgeteilt wird, haben die Besatzungsmitglieder der griechischen Kriegsschiffe dem Marineminister ein Bittgesuch überreicht, unterzeichnet von Offizieren und Mannschaften der verschiedenen Kriegsschiffe, worin eine strenge Bestrafung der Meutereuten verlangt wird.

Äfrika.

§§ Zum Krieg gegen die Hissahyden. (Echo de Paris) meldet aus Melilla: Der Vahari ben Zennah erklärte, daß gute Aussichten für den Friedensschluß beständen, da die Mauren den Frieden

wünschen, um ihre Felder bestellen zu können. Der Delegierte hat einen Antrag gestellt, man möge in der Zeit der Verhandlungen keinen Akt der Feindseligkeit unternehmen. General Marina hat diesem Antrag jedoch nicht stattgegeben. Er behält sich vor, alle Instruktionen, welche ihm aus Madrid zugehen, genau auszuführen sowie auch persönlich alle Operationen vorzunehmen, die er für notwendig erachtet.

Baden.

Karlsruhe, 5. November 1909.

Änderung des Gebäude-Verpflichtungsgesetzes. Das Groß. Ministerium des Innern beschließt folgende Änderungen des Gebäude-Verpflichtungsgesetzes: Die im Verpflichtungsvertrag vorgesehenen längeren Fristen sollen in das Gebäude-Verpflichtungsgesetz übernommen werden. Ferner sollen einzelne inhaltlich dem Verpflichtungsvertrag entsprechende Bestimmungen mit dem Wortlaut des Gesetzes in Übereinstimmung gebracht werden, um die sich an das Verpflichtungsgesetz anschließende Rechtsprechung künftig auch für die Auslegung des Gebäude-Verpflichtungsgesetzes verwenden zu können. Schließlich will man die Gebäudeversicherung auf alle Explosionsgefahren ausdehnen, auch wenn die Explosion nicht auf einem Brande beruht.

Der „Badische Landesbote“

§§ Das schwarze Schmäb-Flugblatt gegen Fräulein auf, dessen Autorität die neuen (1) Karlsruher Zentrumsführer im „Karlsruher Tagblatt“ noch einmal überleben und das der „Vollfreund“ gar den Freirechtlichen selber in die Schuhe schieben möchte, ist jetzt bei der Polizei angelangt. Die Redaktion des „Badischen Landesboten“ scheint farbenblind zu sein. Das Flugblatt bezog. Blafat, um das es sich handelt, war nicht schwarz, sondern schön zitronengelb; es ist aber auch nach der Urberichterstattung nicht schwarz sondern rot, weil es aus den der Demokratie näher als uns stehenden sozialdemokratischen Kreisen stammt. Es handelt sich also nicht um ein schwarzes Flugblatt. Die Redaktion des „Badischen Landesboten“ leidet an doppelter Farbenblindheit: wirklich und politisch.

§§ Der Landesvorstand der badischen sozialdemokratischen Partei wendet sich mit folgendem Aufruf an die Parteigenossen:

Wir einem glänzenden Erfolg für unsere Partei haben die jüngsten Reaktionen zur sozialen badischen Kammer abgelehnt. Von rund 6000 auf mehr als 8000 ist im Zeitraum von vier Jahren die Zahl unserer Wähler gestiegen, die sozialdemokratische Partei wird im neuen Landtag, statt wie bisher durch 12, nunmehr durch 20 Abgeordnete vertreten sein.

§§ Bis in die hintersten Winkel des Schwarzwaldes und des Oberrheins ist während der letzten Wahlbewegung unsere Agitation gedrungen, überall wurde das gesprochen und das gedruckte Wort unserer Partei freudig aufgenommen, und nur wenige Orte dürften im Lande noch unangeführt sein, in denen für die sozialistischen Kandidaten diesmal keine Stimme abgegeben wurden.

§§ Mit der Erlebung der Wahlarbeit haben wir aber die Aufgaben noch nicht erfüllt, welche die für unsere Propaganda so außerordentlich günstige politische Situation uns auferlegt. Es gilt jetzt vielmehr, unsere glänzenden Wahlerfolge zu befestigen und dadurch die sichere Grundlage für die weitere Aufwärtsentwicklung unserer Partei zu schaffen.

§§ Zu diesem Zweck ist es nötig, überall dort, wo die Wahlergebnisse eine größere Anzahl Anhänger unserer Sache nachgewiesen haben, die noch nicht organisatorisch gesammelt sind, mit der Gründung von Parteiverbänden vorzugehen, um die große Zahl unserer neu gewonnenen Wähler ausdauernd zu sichern und neue Zentren der Propaganda für unsere Ideen zu schaffen.

§§ Hand in Hand damit muß die intensive Verbreitung unserer Parteipresse gehen, die es jetzt überall bei uns nachdrücklich gilt, wo die Wahlsituation den Boden zur Aufnahme des sozialistischen Gedankens gelodert und die Saat des Lebens aufgetrieben hat. Unsere Presse ist der mächtigste und zuverlässigste Pfeiler im Kampf der Arbeiterklasse, ohne ihre intensive Verbreitung sind dauernde Erfolge unserer Partei und ist ihr geistiges Fortwärtsschreiten undenkbar.

§§ So viel sozialistische Wähler, so viel Abonnenten der Parteipresse, — das sollte das Ziel der Wirksamkeit für unsere Parteipresse sein, ein Ziel, das wir sehr wohl erreichen können, wenn wir nur erst den guten Willen dazu zeigen.

§§ Der bevorstehende Winter bietet unseren Parteigenossen in Stadt und Land Gelegenheit, alle diese großen, aber auch ehrenvollen Aufgaben zu erfüllen. Beginnen wir sofort mit dieser Arbeit! Versäumen wir keinen Augenblick, damit, wenn das Signal zu neuem Kampfe ertönt, unsere Cadres geschlossen und unsere Kämpfer wohl gerüstet sind!

§§ Die Schlacht ist geschlagen, Parteigenossen, der Sieg ist unser! Auf nun zu neuen Kämpfen und neuen Siegen! Mannheim, Anfang November 1909.

§§ Es ist sicher, daß nicht alle, welche bei den letzten Wahlen einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgaben, nun auch wirkliche Sozialdemokraten sind; aber es ist Gefahr, daß sie es werden, und wie man sieht, rednet die Sozialdemokratie damit, sich diese Wählermassen dauernd erhalten zu können durch planmäßige Organisation und Verbreitung der sozialdemokratischen Presse.

§§ Wir und alle, denen die unheilvollen Ziele der Sozialdemokratie bekannt sind, müssen auf diese sozialdemokratischen Pläne umso mehr achten, als es heute feststeht, daß die Sozialdemokratie in liberalen Kreisen auf keinen ernstlichen Widerstand mehr stößt. Die Sozialdemokratie ist durch das zweimalige Großblockabkommen der nationalliberalen Parteipartei hoffähig gemacht worden. Die Sozialdemokratie ist gefördert worden und wird gefördert, nicht bloß durch die eigene Arbeit, sondern fast noch mehr durch die Nationalliberalen, besonders durch die kleine Bezirkspresse. Im katholischen Oberland ist meist der nationalliberale frühere Amtsverkleidung der beste und lauteste Feind der Sozialdemokratie.

§§ Darum aufgepaßt! Organisation vonseiten der Sozialdemokratie fordert Gegenorganisation von unserer Seite. Verbreitung der sozialdemokratischen Presse fordert unbedingt noch eifrigere Verbreitung der kirchlichen Presse. Jedes Zuwarten ist hier verhängnisvoll. Daher frisch an die Arbeit. In der Arbeit um unsere gute Sache soll uns niemand den Rang ablaufen.

Neu! MAGGI'S Hausmacher-Suppe

1 Würfel für 3 Teller 10 Pfg. sehr nahrhaft und wohlschmeckend.

Im Verlage von W. van den Wydenbergh, Avelaer
erschien:
Ein neues Armenseelenbuch
Herr, führe sie zum ewigen Licht.
Betebrungs-, Gebets- und Andachtsbuch zum Troste der armen
Seelen im Fegefeuer
für katholische Christen von Pater Franz Angenberger C. SS. R.
Das vorstehende Buch, ein ausgezeichnetes Werk des hochw. Ordens-
priesters Angenberger dürfte gerade jetzt beim Bevorstehen des
Armenseelen-Monates warm zu begrüßen sein und wird den Gläubigen
herzlich empfohlen.
Neben dem wirklich hervorragenden Inhalte darf als Vorzug hervor-
gehoben werden, die mittelgroße deutliche Schrift, das bequeme Format
und der zwar einfache, aber sehr geschmackvolle Einband des Buches.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Karlsruhe. — Museums-Saal.
Morgen Samstag, 6. November 1909, abends 8 Uhr:
VORLESUNG
Gerhart Hauptmann
aus eigenen, meist ungedruckten Werken.
Eintrittskarten à 2.—, 3.—, 4.—, 5.— Mk. in der
Hofmusikalienhandlung Hugo Kuntz,
Kaiserstrasse 114, Telefon 1850, und Abendkasse.

Gala-Vorstellung
zugunsten des kath. Fürsorge-Vereins.
Samstag, den 6. November, nachmittags 3—4 u. 4—5 Uhr,
Sonntag, den 7. November, vormittags 11—12 u. 12—1 Uhr
im **Residenz-Theater**
Kinematograph, Waldstrasse 30.
Besitzes Erlaubnis erwünscht, da zu jeder Vorstellung andere Bilette nötig sind.
Preise der Plätze: Logen-Platz à 1.20, die ermäßigten Ein-
trittspreise anfangs 80 nur 60, anfangs 50 nur 40, anfangs 30 nur
20 Pfg. sind im Verhältnis zum Gebotenen nur gering und können
für Kinder nicht nochmal vermindert werden.
Der ganze Erlös zugunsten angestammelter der obige bedürftige Fürsorge-Verein.
Programm:
Eine Blindenanstalt. Aus dem Leben.
Reitübungen der Kollibri-Verger. Hochinteressante Farben-
kinematographie. Die Szene mutet uns ganz eigenartig an;
wir glauben in ein Märchenland versetzt zu sein, wenn wir die
kleinen Künstler mit ihren anmutigen Werken arbeiten sehen. Zum
Schluß sehen wir die in Freiheit dressierten kleinen Zwergpferde.
2 tolle Rangen. Humoristisches Tonbild.
Eine Botschaft an den Kaiser Napoleon auf der Insel Elba.
Wie man eine Geige baut. Lehrreich.
Agra, eine große Stadt in Bengalen. Farbenkinematographie.
Hörschloß in den italienischen Alpen. Naturaufnahme.
Ein Kollibri-Verger in Australien, schönes Naturbild. (Dieser
Film zeigt uns den Sport des Kollibri-Verger in Australien.
Auf einer spiegelglatten Bahn amüsiert sich die Jugend, und
Künstler vollführen staunenswerte Leistungen).
Im Lande der Spanier (interessant und lehrreich).
Vorverkauf bei den Herren: Dohler, Erbprinzenstr. 20,
Dorer, Erbprinzenstr. 19, Schnappinger, Augustenstr. 47,
Franz, Weberplatz 37, Mayer, Wärmesner St. Stefan, Rapp,
Wärmesner Liebfrauentirche, Mayer, Wärmesner St. Bernhard.

Reiche Auswahl
Harmoniums
Klavierstühle, Lampen Notenorgane
Notenschränke
Besichtigung erbeten

H. MAURER, Hofl.,
Karlsruhe Friedrichsplatz 5.

Katholischer Männerverein der Weststadt.
Anmeldungen zum Tanzkurs werden am Sonntag, den 7. ds. Mts.,
von 11—1 Uhr, in der Götterrestauration (Götterstraße Nr. 4) entgegen ge-
nommen; darauf wird die Liste zum Einzeichnen noch einige Tage weiter auf-
liegen. Der Vorstand.

Restauration Grünwald
Rüppurrerstrasse 2 und Kriegstrasse 5.
Helle, geräumige, gut ventilirte Lokale.
Vorzügliche Küche.
Mittagstisch im Abonnement 80 Pfg. und Mk. 1.10.
Karlsruher Pring-Bier. Mündner Pichorr-Bräu.
2 Dorfelder Billards. Inhaber: Arthur Nissen.

Frische
Frankfurter Brat-Würste
Frankfurter Fleisch-Würste
und
Neue Linsen
empfiehlt
Herrn Munding
Gasthofierant
110 Kaiserstraße 110. Telefon 1042.

Photographische Apparate
und alles Zubehör in reichster Auswahl.
Alb. Glock & Cie.
Gegr. 1861. **KARLSRUHE.** Telefon 51.
Uebnahme photographischer Arbeiten.

Werkstätte für kunstgewerbliche Metallarbeiten
Wilhelm Weiss
Karlsruhe Telefon 2161 Steinstr. 14
fertigt als Spezialität:
Beleuchtungskörper
für alle Lichtarten,
Heizgitter, Metalltischplatten, Schrifttafeln, Uhren,
Kunstgewerbliche Gefäße und Geräte
jeder Art.
Umbau vorhandener Lampen für andere Lichtarten.

Zum Moninger
Ecke der Kaiser- und Karlstrasse * **KARLSRUHE** * Haltestelle der elektr. Strassenbahn
**Hauptauschank der Brauerei-
gesellschaft vormals S. Moninger**
Café, Speisesaal, Spiel- und Billardzimmer im 1. Obergeschoss
Grosser schattiger Garten
Vorzügliches helles und dunkles Bier
Anerkannt gute Küche
Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein **Jos. Schuh.**

Residenz-Theater
Kinematograph, Waldstrasse 30.
Seltenswürdigkeit ersten Ranges.
Jeden Mittwoch und Samstag vollständig neues Programm.
Jeden Abend Extra-Einlagen.
Programm vom 3. bis inkl. 5. November.
Ein Haus ohne Kinder. Dramatisch.
Der Einbrecher in der Falle.
Drei gute Freunde. Wunderbar koloriert.
Baufe.
Orchester: Eine Touristenpartie. 1. Teil.
Großes humorist. Tongemälde. (Ed. Wagners.)
Amerikanisches Tanzduett.
Befehl des Königs. Spannend. Koloriert.
Der Hund als Dieb. Komisch.
Baufe.
Orchester: Eine Touristenpartie. 2. Teil.
Großes humorist. Tongemälde. (Ed. Wagners.)
Singspiele für sämtliche Gramophone und Platten
Joh. Schiller, Boulognerstraße 24.
Der letzte Säbelschlucker. Spannend.
Das gewinnende Lotterielos. Komisch.



Katholischer Frauenbund.
Einladung
zu dem am **Donnerstag, 11. November, abends
10 Uhr,** im Saale der Eintracht stattfindenden
Vortrag
des hochwürdigen Herrn Stadtpfarrers Linz
über
Willenserziehung.
Jedermann, auch Herren herzlich willkommen.
Zur Deckung der Saalmiete entrichten unsere Mitglieder und die Mit-
glieder der Müttervereine eine Gebühr von 10 Pfg.; für Nichtmitglieder beträgt
der Eintritt 50 Pfg. Der Vorstand.

Katholischer Gesellenverein Karlsruhe.
Sonntag, den 7. November 1909,
Theateraufführung:
„Arumugam“
der standhafte indische Prinz.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Dr. Josef Faust, Pfarrer.
Zu zahlreichem Besuche ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**
Kaffeeöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Preise der Plätze: 1. Platz 80 Pfg., 2. Platz 50 Pfg., 3. Platz 30 Pfg.

Filz-Schuhwaren
in bekannt guten Qualitäten, sind
wieder in grosser Auswahl eingetroffen bei
H. FREYHEIT
Kaiserstrasse 117. Fernsprech-Nr. 1271.

Apollo-Theater
Marienstr. 16. Dir. Jos. Engels.
Attraktions-Programm
vom 1. bis inkl. 15. November:
Täglich 8 Uhr Vorstellung.

Fussballclub
Schwarz-Blau
Meister Deutschland
Telephon: Sportplatz 1338.
**Freitag im Lokal Palmengarten
Monatsversammlung.**
Bericht über das Wiener Spiel.
Sonntag 1. Mannschaft in Stuttgart.
Abfahrt 11³⁰ Uhr.
II. und III. Mannschaft gegen K. F. V.
IV. und V. Mannschaft gegen Mühl-
burg III. und IV. auf unserm Platz.
Beginn 1³⁰ bzw. 3 Uhr.
Sonntag, den 13. November 1909,
Herren-Abend im Klubhaus.

**Kirchenöfen
Schulöfen**
D.R.P.
Monatlang auf Probe!
E. Henn, Oberstr. 1, Kaiserslautern.

Oelgemälde,
sehr gut erhalten, mit Goldrahmen,
Kardinal Roth, 85 65 vom Jahre 1757;
Der letzte Abt von St. Blasien, 70, 80,
billig abgegeben
Karl Huber, Freiburg i. B.,
Zedaustraße 9, II.

**Allgemeiner Deutscher
Versicherungs-Verein
in Stuttgart**
Auf Gegenseitigkeit.
Gegründet 1875.
Unter Garantie der Stuttgarter
Mit- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft
Kapitalanlage
über 68 Millionen Mark.
**Haftpflicht-, Unfall-,
Lebens-
Versicherung.**
Gesamtversicherungsstand
770 000 Versicherungen.
Zugang monatlich ca. 6000 Mitglieder.
Vertreter
überall gesucht.
Prospekte kostenfrei durch
**Fr. Hämmerle, Subdirektion
in Karlsruhe,
Gartensr. 44a. Telefon 518.**

Ludwig Schweisgut,
Karlsruhe, Erbprinzenstrasse 4,
**Pianos und
Harmoniums**
Nur allerbeste Fabrikate
Ueber 100 Instrumente zur
Auswahl.
Reelle Preise.
Fachmännische Garantie.
Umtausch alter Klaviere.
Gespielte Instrumente billigst.
Stimmungen. Reparaturen.

Sie
bitte,
ein Probeheft
der **Katholischen Welt**
dem Verlag der Kongregation der
Bollstiner Limburg (Sab).
3 20 Mk. täglich können Per-
verdien. Nebenverdienst durch Schreib-
arbeit, häusl. Tätigkeit, Vertretungen, usw.
Näher. Erwerbzentrale in Frankfurt a. M.